

Haushaltsrede und Anträge 2019

Wolfgang Lutz

Fraktionsvorsitzender



Königsbronn

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stütz, Mitarbeiter der Verwaltung,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger von Königsbronn, Itzelberg, Ochsenberg und
Zang,**

mit der Einbringung des Haushaltsplans 2019 in der öffentlichen Sitzung im Dezember 2018 wurden die gemeinsam erarbeiteten Ziele unserer Klausur von unserem Kämmerer Herrn Cimander ausführlich vorgetragen. Hierfür herzlichen Dank an Sie und alle Beteiligten. Mit fast allen Punkten kann sich die SPD Fraktion identifizieren, aber einige Anmerkungen bzw. Änderungswünsche seien mir doch gestattet:

Bei der Bewertung eines über 300-seitigen Haushalts-Planwerks konzentriert man sich sinnvollerweise auf einige generelle Themen:

Die diesjährigen Haushaltsberatungen unterscheiden sich grundsätzlich von vorangegangenen: War es früher so, dass uns die Finanzen enge Grenzen in der Gestaltung auferlegt haben, so erscheint derzeit viel mehr / *nahezu fast alles* möglich zu sein. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir trotz gut gefüllter Kassen über das richtige Maß der Veränderungen in Königsbronn diskutieren.

Wir befassen uns als Gemeinderat schon seit mehreren Jahren mit besonders wichtigen und zukunftssträchtigen Projekten wie Schulsanierung, Gewerbegebiet und Kindergartenneubau. Auch das Jahr 2019 bringt auf diesem Weg keine Verschnaufpause, bereits angestoßene Projekte wurden begonnen und fortgeführt, neue Investitionen werden auf den Weg gebracht. Hier sind nur einige zu nennen: Erstellung Bürgerbüro, Neugestaltung Friedhof Itzelberg, Anschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges. Die Tatsache, dass in diesem Haushaltsjahr mit geplanten 7,34 Millionen Gesamtinvestitionen im Vermögenshaushalt ein absoluter Höchststand in der Geschichte der Gemeinde erreicht werden soll, belegt dies in aller Deutlichkeit. In den letzten vier Jahren wurden 17,2 Mio. Euro in Baumaßnahmen der Gemeinde investiert. Ein gewaltiges Programm, das unsere Mitarbeiter bewerkstelligen mussten. Erwähnenswert ist, dass diese Investitionen bei einer nur um 4,02 Mio. Euro höheren Verschuldung erreicht wurden. Das zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg, Königsbronn und seine Teilgemeinden zukunftsfähig aufzustellen.

Wie vollziehen Verwaltung und Gemeinderat die aktuellen Aufgaben der Gemeinde und wie sichern sie die zukünftige Entwicklung? Der Status von heute und die Per-

spektive für morgen sind gleichermaßen bestimmend für die Lebensqualität in einem Gemeinwesen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf nachfolgende Generationen.

Deshalb sollte die **Generationengerechtigkeit** dem neuen Gemeinderat und der Verwaltung ein wichtiges Anliegen sein. Wie ist unsere Gemeinde für alle Generationen gleichermaßen-Jung und Alt- für die Zukunft aufgestellt? Demografiefest sein heißt, eine bedarfsgerechte Infrastruktur für die sich verändernde Bevölkerungsstruktur zur Verfügung zu haben und den dauerhaften Bestand unserer Gemeinde zu sichern.

Unsere Anstrengungen der letzten Jahre waren darauf ausgerichtet, den seit Jahren anhaltenden Bevölkerungsschwund abzufangen. Das ist durch die Bereitstellung neuer Baugebiete gelungen. Wir sollten uns jedoch auf dem Erreichten nicht ausruhen:

Deshalb unser erster Antrag (1):

Nachdem im Hauptort und auf der Waldsiedlung kleine Neubaugebiete im Entstehen sind, sollten wir uns jetzt auf die Teilorte konzentrieren. Ganz konkret würde es in Zang Möglichkeiten geben, attraktive Bauplätze zu schaffen; wir möchten dies als Aufgabe an die Verwaltung 2019 herantragen.

Die nunmehr 7.103 Bürger unserer Gemeinde sollen sich durch eine Wohlfühlstruktur, welche sich durch alle Lebensabschnitte zieht, mit dem Wohnort verbunden fühlen. Die Gruppe der älteren Mitbürger Ü65 wurde unserer Meinung nach in den letzten Jahren nicht genügend beachtet.

Die Infrastruktur für diese Altersgruppe, wie Einkaufen, ärztliche Versorgung, Kulturangebote, Mobilität und Hilfsangebote rund ums Haus, wird in den nächsten Jahren zeigen, ob ältere Menschen auch weiterhin in Königsbronn leben möchten und können. Somit wird eine - wenn nicht gar die wichtigste Aufgabe die Erhaltung und der Ausbau einer Infrastruktur in Königsbronn und den Teilorten sein. Damit sich Menschen dafür entscheiden, nach Königsbronn zu ziehen bzw. in Königsbronn und in den Teilorten zu bleiben und nicht in die Zentren abzuwandern.

Deshalb stellen wir folgenden **Antrag (2):**

Im letzten Haushaltsplan haben wir 70.000 € für die Neuanschaffung unseres Bürgerbusses eingeplant und warten seitdem auf eine elektroangetriebene Variante. Diese gibt der Markt zurzeit leider nicht her. Wir sollten uns schnellstmöglich für eine

alternative, sinnvolle Antriebstechnik entscheiden, da alle wissen, dass der öffentliche Nahverkehr bei uns nur eingeschränkt zur Verfügung steht.

Unser 50/50 Ticket für junge Menschen ist ein Erfolgsmodell. Dieses möchten wir auf ältere Menschen bzw. Senioren ausweiten. Wir beantragen deshalb, versuchsweise eine Summe von 15.000 € bereitzustellen.

Die Wohnsituation, besonders für Mietwohnungen, ist in Königsbronn und den Teilgemeinden äußerst schwierig. Dies, obwohl wir nachweislich sehr viele leerstehende Wohnungen in Häusern in Privatbesitz haben. In vielen Zweifamilienhäusern sind oft nur eine Wohnung belegt. Die Besitzer dieser Leerstände scheuen sich verständlicherweise, diese zu vermieten. Sie scheuen den damit verbundenen Aufwand und das vorhandene Risiko bei einer Vermietung.

Unser dritter Antrag (3).

Die Verwaltung sollte überlegen bzw. Erkundungen einziehen, ob eine Art kommunale Kümmerer Funktion für die meist älteren und alleinstehenden Besitzer möglich ist. Diese Person könnte bei der Vermittlung von Vermietungen und bei der Risikominimierung hilfreich sein. Dadurch könnten nachvollziehbare Ängste eventuell gemindert werden und die Wohnraumvermietung wieder attraktiver gemacht werden. Gewinner könnten beide Seiten sein.

Im Zusammenhang mit fehlenden Wohnungen wollen wir den Blick auf eine interessante innerörtliche Lage richten. Westlich der Brenzquellstrasse – hinter dem alten Gasthaus „Hecht“ – befindet sich ein städtebaulich interessantes Baugebiet. Es gehört verschiedenen Grundstücksbesitzern. Wir bitten die Verwaltung um ein städtebauliches Grobkonzept dieses Quartiers um dann in mögliche Grundstücks- und Investorenverhandlungen gehen zu können. Auch, wenn es schon als Sanierungsgebiet abgegolten ist, könnte es doch andere Fördertöpfe geben. Auch dies bitten wir in Erfahrung zu bringen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Unter unsere ständige Beobachtung gehören auch sämtliche gemeindeeigenen Hallen, die einen immensen Unterhaltsaufwand (2019 370.000 € ohne Hammerschmiede) verursachen. In den nächsten Jahren stehen auch hier hohe Kosten für die Sanierung der Herwartsteinhalle im Raum, wobei sehr gut abgewogen werden muss, was wirklich dringend gebraucht wird und was zweitrangig ist. Auch wenn die Ent-

scheidung zur Schließung der Ostalbhalle keine populäre ist, müssen wir uns dieser stellen.

*Unserer Meinung nach muss die Entscheidung (**Antrag 4**) über Schließung, Abriss oder Sanierung der Ostalbhalle durch den Gemeinderat 2019 herbeiführen werden.* Ein langjähriges Versprechen gegenüber den Itzelberger Bürgern werden wir mit dem Beginn der Sanierung der Turnhalle (200.000€ in 2019 und 750.000€ in 2020) einlösen. Die Turnhallen in Ochsenberg und Zang sind in einem guten Zustand. Hier müssten sich der Gemeinderat und die Verwaltung über die nicht befriedigende Situation der sogenannten „Küchen“ Gedanken machen. Diese Situation ist unserer Meinung nach ungenügend.

In der Klausur haben wir die Verwaltung gebeten, sich über die Einführung eines Ratsinformationssystems Gedanken zu machen und entsprechend Mittel einzustellen; dies sehen wir im vorliegenden Haushaltsplan nicht.

*Deshalb stellen wir den **Antrag (5)**, dieses schnellstmöglich nachzuholen und Mittel dafür einzuplanen.*

Bedenken haben wir beim Wirtschaftsplan Abwasserbeseitigung, für den wir jedes Jahr immense Kredite aufnehmen müssen.

Hier stellen wir unseren letzten **Antrag (6)**: Wir fühlen uns seit Jahren von der Verwaltung mit unseren Bemühungen, eine **externe unabhängige Überprüfung** vorzunehmen zu lassen, nicht ernst genommen. Es wurde die Firma zur Überprüfung beauftragt, die seit Jahrzehnten genau diese Situation mitträgt. Ob dadurch wirklich alle Optionen zur Lösung der anhaltenden Problematik gefunden wurden, wagen wir zu bezweifeln. Die Bevölkerung muss umfassend über die 500.000 € Darlehen aus dem Gemeindehaushalt 2019 informiert werden. Es ist in den nächsten Jahren zu befürchten, dass noch einmal cirka 2 Mio. anfallen werden. Hierbei sind noch keine größeren Instandhaltungs-investitionen eingerechnet, die zwangsläufig auf uns zukommen werden.

Sehr geehrter Herr Stütz, liebe Kolleginnen und Kollegen,

es gibt einen Bereich, der sicher nicht nur uns in der Fraktion, sondern uns alle schmerzt und ratlos macht. Der mehr oder weniger mangelhafte Zustand unserer Gemeindestraßen. Wir sehen leider keine Möglichkeit, das Haushaltsvolumen noch

deutlicher zu erhöhen und hier noch mehr Geld (550.000€) in diesen Bereich zu investieren.

Trotzdem möchten wir an dieser Stelle darauf aufmerksam machen: Ergeben sich im Laufe des Haushaltsjahres Möglichkeiten, dass Mittel in größerem Umfang frei werden, sollten wir diese dafür verwenden und zwar nach der Schadenseinstufung, die noch zu aktualisieren ist.

Die Gemeindeverbindungsstraßen Ochsenberg-Königsbronn, die Zufahrt zur Waldsiedlung und die Landstraße Zang-Königsbronn dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Hier sollte sich der Gemeinderat entscheiden, ob wir nicht schnellstmöglich einen Antrag ans Land stellen, die Landstrasse 1123 zu sperren, die doch ein sehr großes Gefährdungspotential birgt. Wir sind der Meinung, wir sollten hier nicht länger warten und mit diesem Beschluss aktiv auf das Land BaWü zugehen.

Ein Thema, wenn nicht das zentrale Thema in Königsbronn ist das stetig steigende Verkehrsaufkommen auf der B19. Unserer Ansicht nach muss der Gemeinderat von Königsbronn von sich aus aktiver werden. Es reicht nicht, die Bemühungen auf Kreisebene nur passiv zu unterstützen. Aus Königsbronn muss ein Signal an alle politischen Gruppierungen über die Kreis-, Landes- bis zur Bundesebene hinaus gesendet werden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, in einer guten Haushaltsrede kann nicht nur gelobt werden.

Wie in den letzten Jahren erscheinen uns die EDV Ausgaben in Höhe von 150.000€ zu hoch. Man versprach uns- und wir versprachen uns – durch die Abkoppelung von Oberkochen vor zwei Jahren eine Kostenentlastung, und dies bei einer deutlich besseren Administration. Das Gegenteil ist der Fall. Hier wünschen wir uns von der Verwaltung eine aussagekräftige Erklärung.

Die Steigerung der Personalkosten in den letzten sieben Jahren um cirka 1 Mio. auf nunmehr 3,5 Mio. muss sich unseres Erachtens nur noch auf die tariflichen Steigerungen und Höhergruppierungen beschränken. Es ist interessant zu beobachten, dass in allen Haushaltsreden Einsparungen gefordert werden, in konkreten Fällen die Entscheidungen aber anders ausfallen.

Abschließend:

Alle genannten Aufgaben müssen zunächst durch gesicherte Einnahmen finanziert werden. Diese Einnahmenseite ist aus unserer Sicht eher defensiv und vorsichtig geplant, so dass es bei der Umsetzung zu keinen großen negativen Überraschungen kommen sollte. Wir rechnen mit deutlich höheren Gewerbesteuereinnahmen 2018 als geplant; da wäre zu überlegen, ob nicht auf eine neue Darlehensaufnahme in der geplanten Höhe von 1,5 Mio. in 2019 verzichtet werden kann.

Der Haushaltsentwurf konnte auch ohne eine Erhöhung der Gebühren und Steuern ausgeglichen werden. Wir glauben, dass dies ein wichtiges Signal an die Bürger und an unsere Gewerbetreibenden ist. Die Grundlage für unser immenses Investitionsvolumen sind die Gewerbesteuereinnahmen; in den letzten vier Jahren waren dies circa 18 Mio. €.

Wir sind der Meinung, dass wir mit der Gründung unserer gemeinsamen IKG mit Heidenheim und Oberkochen die Grundlage für weiteres Wachstum und zeitgerechte Arbeitsplätze in der Region geschaffen haben. Hier sollten alte Scheuklappen abgelegt und Befindlichkeiten überwunden werden, da in Zukunft eine gute Kooperation unter Gemeinden für alle hilfreich ist. Die Verbundenheit mit der heimischen Wirtschaft muss gepflegt und verlässlich ausgebaut werden.

Am Schluss meiner Ausführungen möchte ich mich im Namen meiner Fraktionskolleginnen und meiner Fraktionskollegen bei der Verwaltung und Gemeindemitarbeiter für die im vergangenen Jahr geleistete gute Arbeit, an der Spitze Herr Bürgermeister Stütz, bedanken.

An dieser Stelle ein ganz besonderer Dank auch an alle Bürgerinnen und Bürger, die sich im vergangenen Jahr im besten Sinne in die Königsbronner Kommunalpolitik eingemischt haben. Behalten Sie dieses Engagement auch in der weiteren Zukunft bei.

Verantwortliche Kommunalpolitik ist immer eine Gratwanderung zwischen Finanzierbarkeit und der Erfüllung berechtigter Ansprüche aller Bürger.

Sie ist nur zu stemmen, wenn alle Beteiligten, Gemeinderat, Bürgermeister und Verwaltung bei allen gegensätzlichen Ansprüchen eine gemeinsame Zuhör- und Kommunikationsbasis finden.

Wir als SPD-Fraktion sind zu dieser Zusammenarbeit auch 2019, wahrscheinlich in geänderter Zusammensetzung, gerne bereit!